

NR.2

II. QUARTAL 1992

Z 6193 F

# NOTFALLVORSORGE UND ZIVILE VERTEIDIGUNG

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT FÜR GEFAHRENABWEHR



**FORSCHUNG - TECHNIK - ORGANISATION - RECHT**

**BODENNUTZUNG UND ÜBERBEVÖLKERUNG  
DAS ROTE KREUZ IM GRENZÜBERSCHREITENDEN  
KATASTROPHENSCHUTZ**

**DIE INTEGRATION VON SCHUTZPOTENTIALEN  
IM UMFELD INDUSTRIELLER ANLAGEN**

**ERFAHRUNGEN DES ZIVILSCHUTZES UND DER FEUERWEHREN  
WÄHREND DES GOLFKRIEGES IN ISRAEL**

**TRINKWASSER AUS DEM RHEIN ?**

# BODENNUTZUNG UND ÜBERBEVÖLKERUNG ODER: WIE MAN ZUR KATASTROPHE WERDEN LÄSST, WAS MAN ZU REGELN NICHT VERMAG

Wolf R. Dombrowsky, Bremen

**S**o traurig es ist, aber manchmal führen auch Kinder, die in den Brunnen fallen, nicht dazu, daß Helfendes oder gar Verhütendes in Gang gesetzt wird. So ist es auch mit den Problemen, die sich hinter den Begriffen „Bodennutzung“ und „Überbevölkerung“ verbergen.

„Die Umweltbedingungen“, schreibt Dennis Meadows (1989:118) auch und vor allem mit Blick auf die Vernutzung der Ressource Boden, „haben sich schon so verschlechtert, daß wir bald nicht einmal die gegenwärtige Weltbevölkerung ernähren und unseren angenehmen Lebensstandard erhalten können . . . Auch wenn wir jetzt sofort versuchten, stehenzubleiben, wäre der Bremsweg zu lang. Ein Aufprall läßt sich nicht mehr vermeiden . . . Als Gattung werden wir wohl überleben, aber nicht die ressourcen-intensive Zivilisation, wie wir sie heute kennen . . . Überbevölkerung, die zwangsläufig zu Armut und Spannungen führt, verschärft schon heute viele Konfliktherde in der Welt“.

Damit ist in knappen Worten das zentrale Problem umschrieben: Wir steuern auf eine Veränderung unserer gewohnten Lebensbedingungen zu, die wahrhaft katastrophale Ausmaße haben wird, die aber nach landläufigen Wahrnehmungsmustern nicht als „klassische“ Katastrophe erscheint. Der noch immer bevorzugten Annahme, Katastrophen seien plötzlich und unerwartet hereinbrechende und vor allem ungewollte und ungeplante Ereignisse, stehen die hier zu erörternden Entwicklungen kraß gegenüber. Die Nutzung des Bodens ist seit der Selbsthaftwerdung des Menschen ein in wachsendem Maße bewußt und planvoll betriebener Vorgang. Kaum eine andere menschliche Aktivität vereint so viele Planungsinstanzen und langfristige Planungsziele wie der Komplex Bodennutzung. Von der Landwirtschaft bis hin zur Raum- und Regionalplanung, von der Wasserwirtschaft bis zur Bodenkunde kümmern sich ganze Wissenschaftszweige, Ministerien, Behörden und Verbände um den Raum, auf und von dem wir im Wortsinn leben. Wenn nun ausgerechnet dieser so umfangreich bedachte Raum derart problematisch wird, drängt sich der Gedanke auf, daß mit der Art, wie Dinge bedacht werden, etwas Grundsätzliches im argen sein muß. Vor allem aber wächst der Verdacht, daß Katastrophe etwas ganz anderes ist, als der unerwartbare Schlag aus

heiterem Himmel. Was also sollten wir anderes erwarten?

Dennis Meadows kennt die Entwicklungstrends besser als die meisten. Gerade im Bereich Bevölkerungsentwicklung gehörte er zu den konservativen Prognostikern. Doch entgegen den konservativen (d.h. sehr vorsichtigen) Vorhersagen hat die Weltbevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten wesentlich stärker zugenommen, als es noch 1960 vorausgesagt wurde: sie erreichte die Fünfmilliardengrenze bereits 1986, drei Jahre früher als es mit der von Heinz von Foerster (Univ. of Illinois, Urbana, Ill.) entwickelten Bevölkerungsformel prognostiziert worden war. Stuart A. Umpleby, Populationsforscher an der George Washington University in St. Louis, Ms., rechnete angesichts der exponentiellen Vermehrung unserer Spezies vor, daß selbst ein im Jahre 1980 zwischen den USA und der UdSSR ausgefochtener Krieg, bei dem sieben Achtel der Bevölkerungen beider Länder ums Leben gekommen wären, die Weltbevölkerung nur soweit dezimiert hätte, als daß dadurch die Formel von Foersterns mit der realen Entwicklung im Einklang gebracht worden wäre: 5 Mrd. Menschen zum Jahre 1989 statt bereits 1986.

Dennis Meadows sieht keinen Ausweg; nach seiner Einschätzung sind steuernde Eingriffe nicht in Sicht, ist ein harter Aufprall unvermeidlich. Der 1987 noch ratlos gemeinten Frage „Wieviel Menschen verkraftet die Erde?“ (Skriver 1987) sind längst Parolen gefolgt, die Ängste in Aggressionen kehren: „Das Boot ist voll!“, dröhnte eine kleine, radikale Partei zum Landtagswahlkampf im Bundesland Bremen. Das ganze „Gesocks“ aus Asylsuchenden, Wirtschaftsflüchtlingen, Ausländern, Arbeitsmigranten, Roma und Sinti soll möglichst abgeschoben und vor den Grenzen Deutschlands gehalten werden. Man fürchtet um das, was Meadows als unaufhaltsam ansieht: das Ende des angenehmen Lebensstandards.

Analysiert man diese Zusammenhänge nach zivil- und katastrophenschutzrelevanten Gesichtspunkten, so könnte es sein, daß schon in nächster Zukunft zentrale Elemente unserer Werte- und Normenstruktur bedeutungslos werden. Weltweit formiert sich ein zunehmender Armuts-, Verelendungs- und Kriminalisierungsdruck in Richtung auf die wohlhabenden Länder. Der Zerfall des Kommunismus ist viel weniger das Ende

einer Ideologie als vielmehr der Konkurs einer innen- und außenpolitischen Ordnungsmacht für Habenichtse. So marode die einzelnen Staaten auch gewesen sein mögen, sie haben dennoch ihre Bevölkerungen „an der Kandare“ und mit Zwang auf einem niedrigen Lebensstandard gehalten. Zudem haben sie, als politisches und ökonomisches Gegengewicht zum konsumorientierten „Westen“, den Radikalisierungsdruck in der Dritten Welt insoweit domestiziert, als sich „Wohlverhalten“ gegenüber dem jeweiligen Block mittelbar oder unmittelbar in Wirtschaft-, Entwicklungs- und Militärlieferungen ummünzen ließ. Jetzt, nach dem Wegfall des je anderen „bargaining-chips“, gibt es kein Druckmittel mehr, ist Wohlverhalten nutzlos. Seitdem werden die wohlhabenden Staaten aus drei Richtungen angeeignet: aus den unterversorgten Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes, aus den nicht versorgten Ländern der Dritten Welt und aus den nach Versorgungslücken strebenden Schwellenländern.

Die Effekte dieser Entwicklung sind allenthalben sichtbar. Sie äußern sich zunehmend in offen ausgetragenen Konflikten zwischen Volksgruppen (Jugoslawien, UdSSR, Bulgarien, Türkei, Irak, Sudan), in Bevölkerungswandlungen und Fluchtbewegungen, in Terror und Krieg. Immer mehr Länder schließen sich in dem Maße ab, in dem sich die heruntergewirtschafteten Diktaturen öffnen und Visa gewähren. Seitdem ganze Bevölkerungen nicht mehr mit drakonischen Maßnahmen festgehalten werden, sehen sich die ehemals liberaleren Staaten genötigt, Einreise- und Einwanderungsbeschränkungen durchzusetzen und Abschiebeaktionen durchzuführen (Italien vs. Albanien, USA vs. Mexico, Hongkong vs. Vietnam), die der Demokratie zwar keine Ehre machen, aber den Ängsten der Bevölkerung entsprechen. Der erreichte Lebensstandard soll mit Zähnen und Klauen verteidigt werden, auch wenn dies nur um den Preis einer innenpolitischen Entliberalisierung zu haben ist.

Der ehemalige Verteidigungsminister Scholz brachte das Problem in einem Fernsehinterview auf den Punkt; er sah den Austausch des Ost-West-Konflikts gegen den Nord-Süd-Konflikt. Zugleich sprach er sich für eine Umorientierung in der militärischen Doktrin und der Bewaffnung aus. Statt schwerer Bodentruppen und großer Seeverbände brauche man zukünftig schnelle, hochmobi-

le Luftlandetruppen, kleine, operativflexible Marineverbände, eine überlegene Luftwaffe und vor allem neue Generationen „intelligenter“, selektiver Waffensysteme. Der Golf-Krieg war die Generalprobe für diese neue Doktrin.

Rupert Scholz stand damals schon ganz im Widerspruch zu all jenen, die als Folge der Entspannung mit enormen Umverteilungen vom Rüstungshaushalt hin zum Umweltschutz und zur Entwicklungshilfe rechneten. Selbst führende Politiker nährten derartige Erwartungen anlässlich des Wirtschaftsgipfels 1989 in Paris (vgl. Der Spiegel 1989:112). Erstmals standen Umweltprobleme und die drohende Klimakatastrophe auf der Tagesordnung und Rüstungsmilliarden zur Disposition.

Mit Blick auf die Export- und Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik fragten vor allem die ökonomisch geschulten Politiker, was es nützte, wenn die Großmächte gewaltige Atomstreitmächte und Verteidigungssysteme im All stationieren, aber die eigenen Bevölkerungen nicht mehr ausreichend ernähren und versorgen können? Was nützt der Wohlstand den Wohlhabenden der Industrieländer überhaupt, wenn im Inneren die Umverteilungskämpfe radikaler werden, der Druck von Außen, durch Kriegs-, Bürgerkriegs-, Armuts- und Umweltflüchtlinge wächst und der gesamte Welthandel immer stärker in die Abhängigkeiten von kriminellen Organisationen und Machenschaften gerät? Was schließlich nützt dieser Wohlstand, wenn die unheilige Allianz zwischen Rauschgift- und Waffenhändlern, zwischen Geheimdiensten, Organisiertem Verbrechen und internationalen Großbanken dazu führt, daß die Werte- und Normenstrukturen ganzer Gesellschaften erodieren und das nackte „Bereichert Euch, egal wie!“ zum neuen „moralischen“ Imperativ heranwächst?

Was nützt in einer solchen Situation noch das weitere Almosengeben, wenn niemand mehr weiß, wer sich daran bereichert, zumal weltweit die Reserven an fruchtbarem Boden und an Wasser trotz (oder sogar wegen) aller Hilfsversuche schrumpfen? Dies letztlich ist das Dilemma, daß die Menschheit immer schneller wächst und damit gleichzeitig ihr verfügbarer Lebensraum jährlich um Hunderttausende von Quadratkilometern (UNDR0 Vol. 5, 1978) verkleinert wird. Der enorme Bedarf an Nahrung, Energie und Wohnraum sowie vollkommen anachronistische Besitzverhältnisse führen vor allem in Asien und Südamerika dazu, daß die ärmsten Bauern immer weiter in Gebiete abgedrängt werden, die zum Bebauen eigentlich zu steil und zu trocken sind, so daß sie vor Winderosion nicht zu schützen sind. Jahr für Jahr fallen weltweit, so die FAO, mehr als 6 Mio. Hektar Acker- und Weideland der Erosion zum Opfer. Durch Überweidung, Holzschlag und Brandrodung werden die Erosions- und Wüstungseffekte durch Klimaschwankungen derart beschleunigt, daß während der 80er Jahre rund 1,7-2,0 Mio. Hektar Acker- und Weideland verloren gingen.

Der Zwang, immer mehr Menschen ernähren zu müssen, vernichtet vor allem die tropischen Regenwälder. Während der drei-

monatigen brasilianischen „Brandsaison“ in der Zeit von Juli bis September machten die Ökologen Alberto Setzer und Marcos Pereira (AMBIO, Feb. 1991) auf einer Fläche von 5 Mio. km<sup>2</sup> allein für 1990 rund 350.000 Feuer aus — manche für Stunden, manche für Tage. Dabei wirbelten 1700 Mio. Tonnen Kohlendioxid in die Luft. (Aus den 530 Feuern Kuwaits stiegen, lt. konservativen Hochrechnungen, im Laufe eines Jahres etwa 900 Mio. t Kohlendioxid auf.) Auf der Grundlage von Satellitenphotos (NOAA-9 und Landsat) berechneten die Forscher die Auswirkungen von Brandrodungen im Amazonas-Gebiet. Danach erfaßten Urwaldrodungen sowie Busch- und Brandfeuer im Amazonasbecken eine Fläche von 200.000 km<sup>2</sup> (elfmal die Fläche von Kuwait oder die Fläche der alten Bundesrepublik ohne Niedersachsen).

Thailands Regenwälder verschwinden ebenfalls. Sowar das Land 1950 von rund 18 Mio. Menschen bewohnt und zu 66 Prozent mit Wald bedeckt; heute leben auf gleichem Gebiet 52 Mio. Menschen, während der Regenwald auf 17 Prozent der Fläche zusammengeschrumpft ist. In globaler Perspektive wirken die Veränderungen noch beängstigender: Während 1950 noch für jeden Erdenbewohner 0,24 Hektar Land zum Getreideanbau zur Verfügung standen, werden es im Jahre 2000 nur noch 0,13 Hektar sein.

Natürlich täuscht eine solche globalstatistische Betrachtung über das Problem der ungleichen und ungerechten Verteilung hinweg. Der zum Anbau von Nahrungsmitteln zur Verfügung stehende Boden steht längst nicht allen gleichermaßen zur Verfügung, genauso wenig wie die Früchte, die er hervorbringt. Am bedrohlichsten ist die Lage in Afrika, wodie Nahrungsmittelproduktion pro Kopf seit 1967 sinkt, während die Bevölkerung auf eine Verdoppelung bis zum Jahr 2000 zusteuert. Drei Fünftel der afrikanischen Staaten, so schätzt die UNFPA (United Nations Fund for Population Activities), werden bis dahin vollkommen von Lebensmittelimporten abhängen, die sie weder bezahlen noch geeignet verteilen können. Schon heute fehlt es an Lager- und Transportkapazität sowie an Infrastruktureinrichtungen, um die Lebensmittel vor dem Verderben zum Endverbraucher zu bringen. Auf diese Weise ist nicht nur jede Lösung aus eigener Kraft verbaut, sondern die weitere Verelendung festgeschrieben.

Hamburgs ehemaliger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (1991:8) folgerte mit Blick auf die ökonomische und ökologische Verelendung in der Dritten Welt und im Ostblock, daß Europa mit dem Teilen ernst machen müsse:

*Unsere immer feiner ziselierte, weltweit gegliederte Arbeitsteilung hat offenbar unsere Fähigkeit zur realen Solidarität bereits weitgehend zerstört. Teilen heißt nämlich nicht nur abgeben, was man leicht entbehren kann — die Ablaßzahlung per Spenden und Mehrsteuern. Teilen hieße auch entbehren: Und das bedeutet, die Chancen für selbst erarbeitetes Brot abzugeben.*

Inwieweit die Wohlhabenden bereit sein werden, ihre Chancen für selbst erarbeitete-

## IMPRESSUM

### NV + ZV

**Forschung •  
Technik •  
Organisation •  
Recht •**

*Internationale Fachzeitschrift  
für Gefahrenabwehr  
Vereint mit » Zivilschutz «  
International Standard  
Serial Number ISSN 0938-7390  
23. Jahrgang*

**Verantwortlich (V. i. S. d. P.):  
Dr. Horst Schöttler, Kaiserslautern**

#### **Redaktion**

*Ulrich Becher, Dr. Stefan Koch*

#### **Lektorat**

*Eva Osang*

#### **Verlag, Redaktion und Vertrieb**

*Osang Verlag GmbH  
Am Römerlager 2, 5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 67 83 83  
Redaktion Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 7 27 16  
Telefax (06 31) 7 59 47*

#### **Layout und Satz**

*Concept 2000*

#### **Bezugsbedingungen**

*Einzelbezugspreis DM 17,60  
Jahresbezugspreis DM 70,40  
(In- und Ausland) plus Porto und  
Versandkosten. Kündigung  
des Abonnements spätestens  
drei Monate vor Jahresende*

#### **Bestellungen**

*beim Buchhandel oder Verlag*

#### **Zahlungen**

*Ausschließlich an Osang Verlag GmbH  
Am Römerlager 2, 5300 Bonn 1  
Bankkonten: Volksbank Bonn  
Konto-Nr. 1 601 452 010  
BLZ 380 601 86  
Postgirokonto Köln 4659 69-504  
BLZ 370 100 50  
Sparkasse Bonn  
Kto.-Nr. 8553380  
BLZ 380 500 00*

#### **Anzeigenverwaltung**

*Osang Verlag GmbH  
Am Römerlager 2  
5300 Bonn 1  
Telefon: (02 28) 67 83 83  
Telefax: (02 28) 67 96 31*

#### **Zur Zeit ist**

*Anzeigenpreisliste 10/90 gültig  
Alle Rechte, auch für Auszüge und  
Übersetzungen, vorbehalten  
Die gezeichneten Beiträge stellen  
nicht unbedingt die Meinung  
des Herausgebers oder der  
Redaktion dar*

#### **Druck:**

*Pfälzische Verlagsanstalt GmbH  
6740 Landau/Pfalz*

#### **Titelbild:**

*Massenkarambolage im Nebel am 29.  
Februar 1992 auf der A 6 bei Aurach  
(Bayern).  
(Bild: dpa)*

# BODENNUTZUNG UND ÜBERBEVÖLKERUNG ODER: WIE MAN ZUR KATASTROPHE WERDEN LÄSST, WAS MAN ZU REGELN NICHT VERMAG

tes Brot abzugeben, vermag niemand vorherzusagen. Bislang deuten erste Anzeichen darauf hin, daß einer Abnahme dieser Chancen im eigenen Lande (sprich: Zunahme von Arbeitslosigkeit zuhause) der unmittelbare Impuls einhergeht, die verbleibenden Chancen mit Zähnen und Klauen vor weiteren, vor allem vor ausländischen Mitbewerbern abzuschütten. Die gesamte Asyldebatte spiegelt das Umsetzungsspektrum dieses Impulses wider. Tatsächlich aber sollte man sich von den unmittelbaren Impulsen nichtallzu sehr beeindrucken lassen. Ein gründliches Nachdenken könnte auch zu anderen Schlußfolgerungen führen.

Am Ende ökonomisch-ökologischer Externalisierungschancen muß die globale Buchführung eingeführt werden, weil kein Raum mehr für weitere Schadens- und Nachteilsabwägungen zur Verfügung steht. Weniger knapp und verschlüsselt: Die Zeiten, während der auf Kosten der Natur, der ungebornen Generationen und der wehrlosen Habenichtse gelebt werden konnte, sind vorbei. Die betrügerischen Buchungen auf deren Konten sind entweder nicht mehr möglich oder sie kosten selbst soviel „Buchungsaufwand“, daß der Betrug nicht mehr recht lohnt. Man kann es auch so sagen: Solidarsysteme lassen sich nur so lange ausbeuten, wie bestimmte Relationen gewahrt werden können. Sobald jeder jeden ausbeutet, fehlt jede umverteilbare (und damit auch aneignbare) Masse. Dies gilt für das öffentliche Gesundheitssystem genauso wie für die Natur, dies gilt für innergesellschaftliche wie für zwischengesellschaftliche Beziehungen. Man kann, um ein Beispiel zu nennen, den eigenen Müll ins Ausland verramschen und sich freuen, daß unmittelbar vor der eigenen Haustür Sauberkeit herrscht. Das „Schnäppchen“ wird jedoch zum Bumerang, sobald man das Grundstück, auf das man den eigenen Müll verbuddelt hat, erbt (siehe Deponie Schönberg in der ehemaligen DDR). Man kann die Distanz vergrößern und den eigenen Giftmüll nach Polen oder Afrika verschieben, und doch ist unser Planet inzwischen so klein geworden, daß die globale ökonomische Integration schon jetzt dazu führt, daß die Umverteilungsschäden dieser billigen „Entsorgung“ über kurz oder lang über Meere, Flüsse, Lebensmittel- und Personenimporte (hier z.B. zivilisatorische Seuchen wie AIDS) dennoch bei den heimischen Saubermännern wieder ankommen.

Natürlich lohnen sich derartige Umverteilungs- (eben: Externalisierungs-)strategien für die betreffenden Akteure noch immer. Einige Wenige verdienen exzellent, während die Lebensgrundlagen und die Gesundheit von Vielen ruiniert werden. Trotzdem nehmen die Externalisierungsgewinne ins-

gesamt ab. Schon heute ist der Aufwand, der zur Sicherung von Reichtum und Bereicherungschancen betrieben werden muß, immens hoch. Im Dschungel der Externalisierungsrisiken (sprich: Gesetzeslücken, Grauzonen und Illegalität) steigen die Investitionserfordernisse (sprich: Bestechungs- und Schmiergelder, Versorgungsposten, Scheinbeschäftigungen). Schon heute verschlingen die Kosten für Lobbying zur Verhinderung ökonomisch relevanter Auflagen gelegentlich mehr Geld, als die Erfüllung der Auflagen tatsächlich kosten würde. In den USA leben zunehmend mehr Menschen in Wohlstandsgefängnissen, d.h. in schwer bewachten und bewaffneten Trutzburgen, so daß Reich-Sein gelegentlich schon mehr Kosten verursacht als ein weniger gefährdetes Mittelstandslieben. Noch gar nicht berücksichtigt sind die sozialpolitischen Umverteilungskosten. Nicht nur, daß Polizei und Justiz zunehmend mehr Anteile des gesellschaftlich umverteilten Reichtums erfordern, sie können angesichts der verschärften kriminellen Umverteilungspraxis immer weniger die Leistung erbringen, die mehrheitlich von ihnen erwartet wird. Legitimationsdefizite und Loyalitätskollapse sind die notwendige Folge (aktuell: Der Spiegel 45, 1991, 42:28-57 und 118-143; Spiegel-Titel: „Kapituliert die Polizei?“) der Staat verliert seine Existenzberechtigung als Garant von Rechtssicherheit und Gewaltmonopolisierung (vgl. Clausen/Dombrowsky 1990). In letzter Instanz zerstören so die Vorteilsaneignungen, die sich aufgrund marktorientierter Freizügigkeit ergeben, ihre eigene Grundlage. Wenn nämlich die Aneignung von Vorteilen so extrem wird, daß der Gesamtvorteil einergemeinsamen „Vorteilsaneignungs-Grundlage“, also die Geschäftsgrundlage namens „soziale Marktwirtschaft/Demokratie“, gleichsam mitverhökert wird, muß zwangsläufig eine ganz andere Vergesellschaftungsform auf einer ganz anderen Geschäftsgrundlage entstehen. Wer sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen der nachsozialistischen Sowjetunion oder der zwischen bürgerlicher Demokratie und Militärdiktatur pendelnden Staaten Süd- und Mittelamerikas auskennt, der weiß, daß es gesellschaftliche Verfaßtheiten gibt, die besser als Mafia-Gesellschaft, Assassinen-Bund, feudalpatriarchischer Familienbetrieb oder frühkapitalistischer Ausbeuterverein bezeichnet werden sollten, denn als Staaten in der Tradition von Gewaltenteilung und Menschenrechten.

Derartige Verhältnisse im Blick, muß inzwischen gefragt werden, ob nicht schon existiert, was nach Thomas Hobbes nur vom Staat überwunden werden könne: Verhältnisse, in denen der Mensch des Menschen Wolf ist und es beim Streit um die letzten

Ressourcen zu Besitz- und Eigentumskämpfen auf der zwischenmenschlichen und zu Kriegen auf der lokalen, regionalen und globalen Ebene kommen muß? Die Fragen stehen drängend im Raum: Wie werden die Bevölkerungen der (noch) wohlhabenden und relativ verschwenderischen Industriegesellschaften unter den sich verschärfenden Bedingungen politisch reagieren? Was wird passieren, wenn die jüngst in einer Karikatur versinnbildlichte Situation Realität wird?: Die personifizierte Sowjetunion richtet einen Revolver auf Europa. Statt eines Projektils kauern in seinem Lauf massenhaft die Opfer einer bankrotten Ökonomie und einer zerstörten Ökologie: „Wirtschaftshilfe oder wir kommen!“, steht als Drohung darunter.

Schießen wir zurück? Schließen wir nur die Grenzen? Halten wir uns die bedrohlich aufrüstenden Aufsteiger mit chirurgischen Raketeneinsätzen vom Leibe? Bomben wird die Habenichtse solange zusammen, bis die Bevölkerungsformel von Foerstern ungültig geworden ist? Oder agieren wir geschickter, indem wir die „Bevölkerungsbombe“ (Ehrlich 1971) nicht militärisch entschärfen, wir also auf die massive Vergeltung im Zeitalter der Überbevölkerung verzichten, um statt dessen auf die „zivilen Lösungen“ namens Hunger, Dürre, Mißernten, Seuchen, Handelsschranken und Schuldenkrisen zu setzen? Oder ließen sich Alternativen entwickeln, eine Art humane „flexible response“-Strategie zur Reduzierung der anbrandenden Bevölkerungs- und Bodenzerstörungskatastrophe?

Wir kommen in Teufels Küche, sobald wir versuchen, rationale Konzepte zu entwickeln, statt die irrationalen, gleichsam naturwüchsigen Mechanismen billigend in Kauf zu nehmen. Vielleicht müßten dann Kastrations- und Sterilisationsraten ausgehandelt und, bei Zuwachsraten über die Reproduktionsquote hinaus, Terminatorkorps ausgesandt werden, die die gebärfreudigen Populationen, ähnlich wie jüngst von China berichtet, drakonisch zum gewünschten Verhalten zwingen. Vielleicht werden alsbald die über 40-jährigen aus Gründen der ökopyramidalen Populationsrelationen eingeschläfert und, wie im Science-fiction-Film, zu „soilent green“ verarbeitet? Doch wie viele Millionen müßten dann von — ja, von wem eigentlich und auf welcher Grundlage? — täglich planvoll umgebracht werden, um zu erreichen, was nach Stuart A. Upleby mittels der scheinbar naturwüchsigen, also ungewollt und ungeplant stattfindenden Dezimierungsmethoden (z.B. durch Hunger, Seuchen oder Klima) bei weitem nicht „geschafft“ wird?

Wer sich an dieser Stelle abwendet und die Gedankenführung makaber und inhuman

schilt, der sollte zumindest noch einen letzten Gedanken an die eigene Position verschwenden: Abwenden und Denkabruch sind nämlich Teil des zu lösenden Problems, vielleicht sogar die Schwelle, die eine Problembearbeitung verhindert. Was gegenwärtig auf die Bundesrepublik zurollt, wird, weil man es unter sehr verschiedenen Themen und Zuständigkeiten abhandelt, als Fülle diskreter, mit Bordmitteln lösbarer Probleme interpretiert. Tatsächlich aber handelt es sich um Symptome eines völlig neuen, einheitlichen Problemtypus, der als solcher nicht erkannt wird, weil man die aufgetretenen Symptome im Prokrustesbett bestehender Lösungsinstrumente wahrnimmt. Das Ende der ökonomisch-ökologischen Externalisierungspraxis kann nicht mit den Begleitprogrammen dieser Praxis überstanden werden. Es bedarf der richtigen Diagnose, um eine richtige Therapie entwickeln zu können, doch verstellen noch immer die Therapieinteressen der Therapeuten die Einsicht, daß sie Teil der Krankheitsursachen sind.

In gewisser Weise steuern deshalb die wohlhabenderen Staaten auf eine Zukunft zu, die der Volksmund als „Schrecken ohne Ende“ bezeichnet. Man wird sich von Unbill zu Unbill durchwursteln, wird darunter leiden müssen, daß die Gemeinkosten der Externalisierungen immer höher und die Externalisierungschancen immer kleiner werden, während sich ringsum die Inseln der rechtsfreien Räume (z.B. Bronx in New York, Bahnhofsviertel in Frankfurt, Karolinenviertel in Hamburg, Sielwall-Kreuzung in Bremen) zu gesellschaftlichen Allgemeinverhältnissen transformieren. Wundert es da noch, daß sich immer mehr Bürger bewaffnen, ihr Eigentum mit aufwendigen Sicherungsanlagen versehen und sich zu Schutzgemeinschaften zusammenschließen, um sich private Schutzleute leisten zu können? Man läuft völlig in die Irre, will man diese Entwicklung als Epiphänomen von Ausländerfeindlichkeit abtun. Die nach Deutschland einströmenden Ausländer sind nur die Vorläufer einer globalen Wanderungsbewegung. Die von manchen von ihnen importierten Kriminalitätsformen sind nur Einübungen in moralische und normative Umwandlungen, die der Herstellung einer einheitlichen Global-Ökonomie vorausgehen.

Was wir heute im globalen Maßstab erleben, vollzog sich auf ähnliche Weise im nationalen Maßstab während der Phase der Industriellen Revolution. Auch damals zogen Heerscharen ökonomisch entwurzelter durch die Lande, bettelten, stahlen, versuchten trotz schlimmster Entbehrung zu bleiben, scheiterten, rappelten sich hoch ... Doch im Unterschied zu damals haben sich heute die Größenordnungen verschoben. Was damals massenhaft individuelles Schicksal in den Grenzen einer Nation war, erweist sich heute als nationales Schicksal in den Grenzen globaler Ökologie. Kamen damals Hunderte oder Tausende enteigneter Bauern und Handwerker als Arbeitssuchende in die aufblühenden Industriestädte, so kommen heute Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen in die selbst ums Überleben kämpfenden Industriestaaten.

Konnte damals nicht allzu viel umverteilt werden, weil die Armut weitgehend gleichverteilt war, so ist heute, nach über einem Jahrhundert arbeitsteiliger Ausdifferenzierung, die Schere zwischen Arm und Reich schon innerhalb der Nationen groß, aber zwischen den Nationen riesig. Wer aus Schwellen- oder Entwicklungsländern in die Industrieländer kommt, wähnt sich deshalb im Schlaraffenland und fordert beinahe automatisch eine wie immer geartete Umverteilung neu.

Daß sich die Mehrheit gegen jede Umverteilung wehrt, erscheint nur allzu verständlich. Schließlich müssen die meisten für ihren Lebensstandard schwer arbeiten. Zumeist aber fällt dem Einzelnen die Ironie seiner Forderung, nach der erst einmal die „Reichen ganz oben“ abgeben sollen, nicht auf. Für diejenigen, die auf der Wohlstandsleiter ein paar Sprossen weiter unten stehen, ist weiter oben jeder reich. Gibt es aus diesem Dilemma einen Ausweg? Läßt sich teilen, ohne selbst zu verarmen? Oder scheint es vorteilhafter, alle Ansprüche abzuwehren, wenn es sein muß, mit Gewalt?

Sobald man über den Versuch nachdenkt, Umverteilungsforderungen mit Gewalt abzuwehren, kommt die oben zitierte Volksweisheit vollständig in den Sinn: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“. Auf die hier skizzierte Entwicklung gemünzt hieße dies: Auf Dauer kommen die wohlhabenden Nationen nicht darum herum, weltweit gleichartige Lebensverhältnisse zu schaffen, wobei heute jeder Einfaltspinsel weiß, daß „gleichartig“ etwas ganz anderes heißen muß, als: „so wie bei uns“ (vgl. Biedenkopf 1991). Wie aber müssen „gleichartige“ Lebensverhältnisse in einer Welt aussehen, die insgesamt über ihre Verhältnisse gelebt und Schädigungshypothesen für die nächsten Generationen zu tilgen hat?

Die radikalste Lösung besteht höchstwahrscheinlich in zwei Maßnahmen: einer weltweiten Währungsreform und dem bedingungslosen Verzicht auf nationale Grenzen. Die dadurch bewirkten regionalen Krisen und globalen Transferbewegungen wären mit Sicherheit verheerend, aber absehbar: ein Ende mit Schrecken eben, aber kein Schrecken ohne Ende. Die Utopie beider Maßnahmen ist einfach und überzeugend. Bei weltweit gleichen Faktorkosten lohnen sich weder Produktionsverlagerungen noch De-investitionsdrohungen. Bei voller Freizügigkeit gibt es keinen Protektionismus und keine nationalen Kosten- und Preisvorteile. Die Kalamitäten ungerechter *terms of trade* entfallen ebenso wie bürokratisch perpetuierte Subventionsdschungel. Ein einheitliches Weltwährungssystem macht eine Leitwährung unnötig, so daß die daran gekoppelten Manipulationschancen ebenso entfallen wie die von Zentralbanken unkontrollierten Kapitalströme. Gewiß wäre der Preis hoch: Volle Freizügigkeit bedeutete auch, daß die Habenichtse wie Heuschreckenschwärme dort einfielen, wo mehr zu holen ist als zu Hause. Im Prinzip aber führte diese nachfrageorientierte Politik sehr schnell dazu, daß die regionalen Grenznutzen schnell erreicht wären: Wo nichts mehr zu holen ist,

strömt auch nichts mehr. Und, dies das letzte utopische Fazit, wo die schnellen Gewinne durch bloße Umverteilung, Aneignung oder Spekulation nicht mehr zu erzielen sind, setzt notwendig der Zwang zu dem ein, was menschliche Kultur dem Wesen nach ist: Überleben durch Konstruktion, nicht durch Destruktion.

Ob wir allerdings dazu kommen, den Wert konstruktiver Arbeit aus Einsicht wiederzubegründen, erscheint fraglicher denn je. Angesichts der bestehenden Problemdimensionen wirken unsere rationalen Lösungsinstrumente wie Spielzeugwerkzeuge. Gewiß, es gibt Vorschläge: Wolfgang Harich, Philosoph der Politischen Ökologie in der ehemaligen DDR, sah die Lösung in einer Art „Öko-Diktatur“ mit rigider zentralistischer Planwirtschaft (1975). Andere plädierten für die Selbstbegrenzung (Schumacher 1977) oder die Umkehr in allen Bereichen industrieller Reproduktion. Der franz. Premier Michel Rocard schlug 1989 die Errichtung einer Welt-Umweltbehörde („GLOBE“) vor, an die wichtige nationale Souveränitätsrechte abgetreten werden sollten. Frankreich, so Rocard damals, sei dazu bereit. GLOBE solle sogar Sanktionen gegen Länder verhängen können, die die einmal beschlossenen Maßnahmen zur Klimasanierung und zur Welt-Umweltpolitik nicht befolgen. So wie es derzeit schon UNO-Blauhelme gebe, solle es dereinst Grünhelme geben, die umweltverschmutzende Anlagen kontrollieren und sanktionieren. Den Haag solle, so Rocard, auch im Bereich Umweltrecht international bindend werden. Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“, Bernd Schmidbauer, forderte „analog zum Weltsicherheitsrat einen UNO-Umwelttrat, den auch die Supermächte nicht mit einem Video blockieren können“ (zit. nach Spiegel 29/89:115). Österreichs Kanzler Franz Vranitzky schlug die Entwicklung einer „weltweiten Umweltcharta der Vereinten Nationen“ vor, die alle Mitgliedstaaten zu ökologisch bewußtem Handeln verpflichten sollte. Die Sowjetunion steuerte die Idee einer weltweit operierenden „Umwelteinheitstruppe“ unter dem Zeichen eines „Grünen Kreuzes“ bei, die von einem UNO-Weltraumlabor aus zur Kontrolle der Ökologie gelenkt werden sollte.

Allen Vorschlägen, auch den hier nicht genannten, ist die Idee zentraler Weltinstanzen gemein. Die Vorstellung einer Weltregierung mit unumschränkten Exekutivbefugnissen verströmt eine ungebrochene Attraktivität. Andererseits zeigt schon heute das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft das Unvermögen, regionale Belange und Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen, einen funktionierenden Minderheitenschutz durchzusetzen und nicht durch Lobbyisten vertretenen Interessen eine Realisierungschance zu bieten. Der weltweit anhaltende Prozeß der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Stärke ist unvermeidbar mit der Konzentration bürokratischer Problemlösungsstrategien verbunden, so daß in praxi demokratische Kontrolle und lokale Einflußchancen schwinden. Die Entstehung einer Weltregierung als

# KATASTROPHENHILFE - EIN NEUER JOB FÜR'S MILITÄR ? DER FEIND IST WEG, ES LEBE DIE KATASTROPHE !

Obstlt. Norbert Fürstenhofer, Österreich

Chefetage für kontinentale Filialleitergremien erforderte zugleich auch die Entstehung globaler Monopole mit universeller „corporate identity“. Wir, die Weltarbeiter schaffen die Weltprodukte für den Weltmarkt der Weltkonsumenten. Ob darüber das Recht gewonnen werden kann, über Art und Umfang der Weltproduktion und -Verteilung kollektiv zu befinden, muß aus den oben dargelegten Gründen von Therapiebefangenheit und Diagnoseblindheit bezweifelt werden. Es muß aber ebenso bezweifelt werden, ob uns die archaischen Lösungsmechanismen von Katastrophen und Kriegen dazu zu bringen vermögen, diesen Zufallsgenerator der Dezimierung durch rationale Verfahren zu ersetzen. Diese Bürde nämlich gilt es zu schultern: Wir müssen uns zahlenmäßig begrenzen, wir müssen den Anteil am Naturvermögen gleich verteilen, den bisher angeeigneten Reichtum umverteilen, die Externalisierungen der Vergangenheit reinternalisieren, angerichtete Schäden samt Zukunftswirkungen sanieren und trotzdem die Lust am Leben bewahren. Eine titanische Aufgabe, die höchstwahrscheinlich keine Titanen, sondern ganz andere Menschen und ganz andere Formen ihrer Organisation erfordert (vgl. Bourguignon 1991; Diemel 1991).

## Literatur

- Biedenkopf, K.: „Wachstum bis zur Katastrophe?“, *Die Zeit*, Nr. 40 vom 26.9.1991:43-44
- Bourguignon, R.: „Kredit ist wie eine Mutter. Eine Bank für die Ärmsten zeigt Wege aus der Not“, *Die Zeit*, Nr. 40 vom 26.9.1991:40-42
- Clausen, L./Dombrowsky, W.R.: *Zur Akzeptanz staatlicher Informationspolitik bei Großunfällen und Katastrophen. Zivilschutzforschung Bd. 1 Neue Folge, Schriftenreihe der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern*, hrsg.v. Bundesamt für Zivilschutz: BZS 1990
- „Der gesunde Planet“, *Der Spiegel* 43, 1989, 29 (17.7.1989):112-1212
- „Die Erde verkräftet unser Wohlstandsmodell nicht. Toblacher Thesen: Ökologische Wissenschaften — die Herausforderung der 90er Jahre“, *Frankfurter Rundschau* vom 9.9.1991:31
- Diemel, P.C.: *Die Planungszone. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie*. Opladen: Westdt. Verlag 1991 (Neuaufgabe)
- von Dohnanyi, K.: „Nur kein Abbläse“, *Die Zeit*, Nr. 25 vom 14.6.1991:8
- Ehrlich, P.: *Die Bevölkerungsbombe*. München: Hanser 1971
- Grill, B./Sontheimer, M.: „Der Zug der Vergessenen. Für 17 Millionen Menschen drohen Lager zur Heimat zu werden“, *Die Zeit*, Nr. 39 vom 19.9.1991:13-16
- Halfmann, J., Japp, K.P. (Hrsg.) (1990): *Risikante Entscheidungen und Katastrophenpotentiale. Elemente einer soziologischen Risikoforschung*. - Opladen: Westdeutscher Verlag
- Harich, W.: *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1975
- „Kapituliert die Polizei?“, *Spiegel-Titel. Der Spiegel* 45, 1991, 42 (14.10.1991)
- Kostede N.: „Die Kapitale des Verbrechens. Zum Beispiel Frankfurt. Wie läßt sich die Kriminalität in den Großstädten bekämpfen?“, *Die Zeit*, Nr. 37 vom 6.9.1991:10
- Meadows, Dennis: „Es ist bereits zu spät“ (Interview), *Der Spiegel* 43, 1989 (17.7.1989):118
- Schumacher, E.F.: *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1977
- UNDRO, Vol. 5: „Landuse Aspects“, *Disaster Prevention and Mitigation. A Compendium of Current Knowledge*. New York: United Nations 1978
- „Wie hundert Vulkane“, *Der Spiegel* 45, 1991, 12 (18.3.1991):267-269

## 1. PANTHA REI ...

(Alles fließt/Demokrit, griech. Philosoph und Naturwissenschaftler)

So oder ähnlich kann man es seit einiger Zeit vernehmen, wenn Diskussionen in der Öffentlichkeit rund um die künftige Rolle der Streitkräfte in Europa geführt werden. Innerhalb des militärischen Bereiches werden derartige Aussagen entweder mit Gänsehaut und Schaum vor dem Mund bekämpft, oder euphorisch aufgegriffen, wobei in beiden Lagern die Auseinandersetzung mit dem Problem selbst oft zu kurz kommt.

Auf ziviler Seite weiß man zwar über Möglichkeiten und Bedeutung militärischer Kräfte im Katastrophenfall durchaus Bescheid (man hätte dieselben nur zu gerne im eigenen Bereich verfügbar), aber Ängste um die künftige eigene Bedeutung, um beschränkt verfügbare Ressourcen und - last but not least - gewisse Aversionen gegenüber den Kameraden in der anderen Uniform führen ebenfalls dazu, daß Katastrophenschützer und Zivilverteidiger auch noch keine klaren Vorstellungen über künftige Rollenverteilungen haben.

Über dem Ganzen stehen unsichere politische Entscheidungsträger, sehen sich unterschiedlichen Fachargumenten gegenüber, sollen klare Direktiven ausgeben und diese in der nicht gerade fachkundigen Öffentlichkeit vertreten. Übrig bleibt dabei der Mensch in Not mit seinem Anspruch auf maximal effiziente Hilfeleistung, wobei es in unserer klein gewordenen Welt ziemlich egal ist, ob es sich dabei um den Bürger des eigenen Landes, den Nachbarn oder den entfernten Verwandten handelt.

Eine vernünftige Lösung muß auf jeden Fall gefunden werden. Dies erfordert die nicht sehr erfreuliche Entwicklung der Lebensbedingungen auf unserem Raumschiff Erde. Wie es scheint, waren die Rahmenbedingungen auch noch nie so günstig wie heute. Der vorläufige Wegfall militärischer Maximalbedrohungen sollte es einer militärischen Führung ermöglichen, in einer Lagebeurteilung bisherige Bedrohungsszenarien zu überdenken und neue Entwicklungen zu erkennen. Dabei darf auf den Grundsatz nicht vergessen werden, daß das Militär dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in weitem Umfang zu dienen hat, wobei es weiters darauf ankommt, daß Sicherheit generell in vielen Bereichen produziert wird, die im Sinne der Ökonomie der Kräfte aufeinander abzustimmen sind.

Wir sollten daher auch am Beginn dieser Betrachtungen stichwortartig einige wesentliche Faktoren der Entwicklung in Europa festhalten.



Militärischer Alltag:  
Bergung im Gebirge

## Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen:

- Einigungstendenzen in West- und Mitteleuropa
- (Vorübergehende) Destabilisierung der gesellschaftlichen Strukturen in den Ländern des weiland „realen Sozialismus“
- Herausbildung neuer „Armutszonen“ in Europa aufgrund ökonomischer Strukturwechsel - Fremdenfeindlichkeit und Radikalisierung
- Medien werden zum bestimmenden Faktor der Politik. Folgen sind „Kabinettpolitik“ und „Öffentlichkeitspolitik“
- Machtverlust der Nationalstaaten, Regionen (auch grenzüberschreitend) gewinnen an Bedeutung
- Emigrationsbewegungen
- Frontstellung Nord - Süd